

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.10.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester CDU

Mitglieder

Detlev Blohm CDU

Wolfgang Dutsch CDU

Jörg Keller CDU

Manfred Eichhorn SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Rüdiger Fölske SPD

Vertretung für: Dr. Friedhelm Michalke

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen

Martin Schumacher FDP

Patrick Eichberger DIE LINKE

Vertretung für: Pawel Jürgens-Grimm

René Penz WSI

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Salih Kaya Jugendbeirat

Vertretung für: Jule Hansen; nur am 10.11.2020

Seniorenbeirat

Bruno Helms Seniorenbeirat

Verwaltung

Niels Schmidt Bürgermeister

bis TOP 8

Gisela Sinz

Karl-Heinz Grass

Katrin Matthies

Protokollführung

Jürgen Brix

zu TOP 5 und 6

Christiane Maylahn

zu TOP 4

Abwesend

Mitglieder

Dr. Friedhelm Michalke SPD

entschuldigt

Pawel Jürgens-Grimm DIE LINKE

entschuldigt

Jugendbeirat

Jule Hansen

Jugendbeirat

entschuldigt

Gäste am 20.10.2020:

Zu TOP 4:

Herr Wonka

Wärme Hamburg - Leiter Geschäftsbereich Erzeugung

Herr Patz

Wärme Hamburg - Umwelt- und Genehmigungsabteilung

Herr Isengardt

Wärme Hamburg - Projektleiter PtH-Anlage Wedel

Zu TOP 8.2

Herr Schenk

Schenk + Fleischhaker Architekten

Herr Jaeckh

Bauherr

Es sind zeitweise bis zu 8 Einwohner*innen und 2 Ratsherren sowie 2 Vertreter*innen der örtlichen Presse anwesend.

Gäste am 10.11.2020:

Zu TOP 6.4:

Herr Rehder

Rehder Wohnungsbau

Herr Thede

Sammelhaack Wohnungsunternehmen

Es sind zeitweise bis zu 5 Einwohner*innen sowie 2 Vertreter*innen der örtlichen Presse anwesend.

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Der Vorsitzende schlägt auf Anraten der Verwaltung vor, die Beratung der Tagesordnungspunkte 7 und 8 vorzuziehen und nach TOP 4 in diese Tagesordnungspunkte einzutreten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt daraufhin, lediglich die Unterpunkte 7.2 und 8.2 vorzuziehen.

Die SPD-Fraktion übernimmt den Vorschlag der Verwaltung und beantragt, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 nach TOP 4 zu beraten, die WSI-Fraktion schließt sich diesem Vorschlag an.

Die Gremiumsmitglieder beschließen den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 11 bis 13 und die Beratung der Tagesordnungspunkte 7 und 8 nach Tagesordnungspunkt 4.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja / 2 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	2	1
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	2	1
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung**Öffentlicher Teil**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 08.09.2020
- 4 Vorstellung des Projektes "Power-to-Heat"-Anlage in Wedel
- 5 Aktualisierung Vorbehaltsnetz BV/2020/062
- 6 Anträge der Fraktionen
- 6.1 Bündnis 90 / Die Grünen: Die Analyse geeigneter Strecken und die Einführung von Fahrradstraßen in Wedel ANT/2020/013
- 6.2 SPD-Fraktion; hier: Planung Fuß- und Radweg ANT/2020/019
- 6.3 Fraktion Die Linke; hier: soziale Infrastruktur-Folgekosten ANT/2020/014
- 6.4 Anträge zu Wedel Nord (beraten am 10.11.2020)
- 6.4.1 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier: Teil B: Einleitung eines B-Plan-Verfahrens für Wedel-Nord ANT/2020/021
- 6.4.2 FDP-Fraktion; hier: Beschleunigung der Planungen für Wedel Nord ANT/2020/023
- 6.5 Anträge zur Nordumfahrung (beraten am 10.11.2020)
- 6.5.1 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier: Teil A: Nordumfahrung ANT/2020/021-1
- 6.5.2 FDP-Fraktion; hier: Verkehrsentslastung der Innenstadt ANT/2020/022
- 7 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
- 7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 7.2 Machbarkeitsstudie - Perspektiven für den Stadthafen Wedel (Schulauer Hafen) BV/2020/064
- 8 Einvernehmen nach dem BauGB
- 8.1 Einvernehmen nach dem BauGB hier: Bullenseedamm 1a, Erweiterung der vorhandenen städtischen Wohnunterkunft BV/2019/146/1
- 8.2 Einvernehmen nach dem BauGB hier: Neubau eines Mehrfamilienhauses, Elbstraße 31 BV/2020/053
- 9 Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"
- 9.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 10 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 10.1 Bericht der Verwaltung
- 10.2 Öffentliche Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|--|-------------|
| 11 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 08.09.2020 | |
| 12 | Bebauungsplan Nr. 2a „Doppeleiche“, 1. vorhabenbezogene Änderung, Teilbereich Süd;
hier: Durchführungsvertrag | BV/2020/060 |
| 13 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 13.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 13.2 | Mitteilung über bedeutsame Vorhaben | MV/2020/083 |
| 13.3 | Sonstiges | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 14 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Possehn, Nachbarin der Elbstraße 31 (Tagesordnungspunkt 8.2), schildert ihre Bedenken gegen die geplante Bebauung des Grundstückes.

Herr Burmester verweist auf die Beratung zu TOP 8.2; zu beantwortende Fragen werden nicht gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat hat von einer Bürgerin ihre Erfahrungen mit der Verfügbarkeit von Taxen in Wedel geschildert bekommen. Herr Helms teilt die Einschätzung der Dame, dass zeitweilig kein Taxi zur Verfügung steht. Er fragt nach der vor mehreren Monaten im Planungsausschuss erwähnten Mobilitätsplattform der Stadtwerke.

Herr Burmester bedankt sich bei Herrn Helms für die engagierte Mitarbeit in den letzten Jahren, die die Arbeit des Planungsausschusses bereichert hat.

Der Umweltbeirat hat seine Satzung überarbeitet und einen Entwurf für eine Geschäftsordnung des Beirates erstellt. Beides befindet sich zur Zeit in der Prüfung des Justizariates und wird anschließend in die Gremien zur Beratung gegeben.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 08.09.2020

Herr Burmester weist auf die Ergänzung des Wortes „nach“ auf der zweiten Seite des Protokolls, mittlerer Absatz, Zeile 7, als 11. Wort hin.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	0	0
CDU-Fraktion	3	0	1
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

4 Vorstellung des Projektes "Power-to-Heat"-Anlage in Wedel

Herr Isengardt von der Wärme Hamburg GmbH stellt das in Wedel geplante Projekt Power-to-Heat vor. Durch die Anlage ist ein wesentlicher Bestandteil der Co2-Reduzierungs-Strategie der Wärme Hamburg, da überschüssige Windenergie in Wärme umgewandelt wird und zugleich die Leistung des bestehenden Kohlekraftwerks entsprechend reduziert werden kann. Gestalterisch wird die Anlage dem Kraftwerk angeglichen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erkundigt sich nach der Höhe des Energieverlusts bei der Umwandlung von Elektrizität in Wärme, dem Umgang mit geringerem Fernwärmebedarf im Sommerhalbjahr, der Zukunft der Power-to-Heat-Anlage bei Stilllegung des Kohlekraftwerks und einer möglichen Kollision des Standortes der Anlage mit einer möglichen Weiterführung des Elbwanderweges.

Die SPD-Fraktion möchte wissen, ob es durch die neue Anlage möglich wäre, das Kraftwerk in den Sommermonaten herunterzufahren und ob die Kopplung mit der neuen Anlage eine Verzögerung bei der geplanten Abschaltung des Kraftwerks verursachen könnte.

Die FDP-Fraktion fragt nach, ob bereits feststeht, dass die neue Anlage nach Stilllegung des Kohlekraftwerks auf dem Gelände verbleibt.

Die Vertreter der Wärme Hamburg GmbH beantworten die gestellten Fragen.

Frage: Wie ist die Energiebilanz der Anlage, wie hoch ist der Energieverlust?

Antwort: Der Eigenbedarf muss noch berechnet werden, aber der Energieverlust wird als gering eingeschätzt, baugleiche Anlagen haben einen Wirkungsgrad von bis zu 99,6%.

Frage: Was passiert im Sommerhalbjahr bei einem Rückgang des Wärmebedarfs?

Antwort: Im Sommerhalbjahr wird die Anlage nur bei Bedarf betrieben.

Frage: Ändert sich der Einsatz der Power-to-Heat-Anlage im Sommerhalbjahr, wenn das Kraftwerk stillgelegt wird?

Antwort: Der Einsatz der Anlage erfolgt unabhängig vom Kraftwerk, auch dann wird die Anlage nur bei Wärmebedarf betrieben.

Frage: Könnte im Sommer das Kraftwerk abgeschaltet und der Wärmebedarf komplett durch die Power-to-Heat-Anlage gedeckt werden?

Antwort: Das Kraftwerk könnte in den Monaten mit geringerem Wärmebedarf nicht vollständig heruntergefahren werden, da die Power-to-Heat-Anlage den Bedarf nicht jederzeit vollständig abdecken könnte. Kurzfristige Phasen des Herunterfahrens und anschließendem Wiederhochfahrens des Kraftwerkes je nach Bedarf ist weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll.

Frage: Könnte die Koppelung der neuen Anlage mit dem Kraftwerk dazu führen, dass sich die geplante Abschaltung verzögert?

Antwort: Die Abschaltung des Kraftwerkes ist unabhängig von der Power-to-Heat-Anlage und wird sich dadurch nicht verzögern. Die Planung sieht vor, nach Fertigstellung des Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Dradenau in 2024 die Anlage dorthin umzuschalten.

Frage: Könnte der Standort der Anlage eine mögliche Weiterführung des Radfernweges an der Elbe im Bereich des Kraftwerkes zu einem späteren Zeitpunkt verhindern?

Antwort: Die Anlage hat genügend Abstand von der Uferanlage und würde hier keine Auswirkungen haben.

Frage: Steht bereits fest, dass die Anlage nach der Schließung des Kraftwerkes auf dem Gelände bleibt und weiter betrieben wird?



Antwort: Die Anlage geht nach Ablauf der Vertragszeit in das Eigentum der Wärme Hamburg GmbH über und kann theoretisch weiter für die Erzeugung von Fernwärme genutzt werden. Dazu müssen dann die Rahmenbedingungen geprüft werden, da der Betrieb nur mit überschüssiger Windenergie wirtschaftlich ist.

Herr Wonka weist zum Abschluss auf den ambitionierten Zeitplan für das Projekt hin. Vertraglich ist vorgesehen, dass die Anlage bis zum 31.12.2023 in Betrieb genommen sein muss. Herr Burmester dankt den Gästen für die Erläuterungen.

Anlage 1 WaermeHamburg_PtH_Wedel_VorstellungAusschüsseStadtWedel_102020

5 Aktualisierung Vorbehaltsnetz

BV/2020/062

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag und eröffnet die Aussprache.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach, ob die Beschlussvorlage die Beantwortung der Anfrage der Fraktion nach der flächendeckenden Einführung von Tempo 30 in Wedel ist. In der Vorlage erscheine unverständlich, warum beispielsweise die Bahnhofstraße weiterhin mit Tempo 50 ausgewiesen werden soll. Der Seniorenbeirat habe bereits darauf hingewiesen, dass anders als in der Begründung der Verwaltung keine Tempo-30-Zone, sondern eine entsprechende Geschwindigkeitsbegrenzung eingeführt werden sollte. Auf dem Plan sei darüber hinaus der Steinberg auf den letzten Metern vor der Pinneberger Straße von Tempo 30 ausgenommen, das erscheine nicht sinnvoll. Auch der Rollberg, der zwar auch dem Busverkehr diene, jedoch an manchen Stellen für Tempo 50 baulich zu eng sei, hätte betrachtet werden müssen.

Die WSI-Fraktion stellt sich die Frage, ob die Aktualisierung des Vorbehaltsnetzes zum jetzigen Zeitpunkt wirklich benötigt werde, der alte Ratsbeschluss von 1992 hätte nun auch noch zwei weitere Jahre Bestand haben können. Die Fraktion habe den Wunsch, durch das Mobilitätsmanagement neue Verkehrswege und Verkehrsmöglichkeiten für Wedel zu finden. Daher werden vorerst alle Vorlagen und Anträge zum Thema Verkehr abgelehnt.

Die FDP-Fraktion könnte die Position, die Themen der Vorlage in die Zuständigkeit des Mobilitätsmanagements zu geben, unterstützen. Dann seien jedoch auch alle zusätzlichen Impulse des Planungsausschusses (z.B. Rollberg) dort mit aufzunehmen.

Herr Schmidt erläutert, dass die Verwaltung das Vorbehaltsnetz auf Beschluss des Planungsausschusses untersucht und aktualisiert hat. In der Karte ist deutlich zu erkennen, dass in Wedel auf einem überwiegenden Teil der Straßen bereits Tempo 30 gilt, obwohl die Gesetzeslage Tempo 50 in geschlossenen Ortschaften vorsieht.

In den Wohngebieten wurden größtenteils Tempo-30-Zonen eingerichtet. Zusätzlich wurde die Möglichkeit ausgeschöpft, an besonders schützenswerten Stellen einen geschwindigkeitsbeschränkten Abschnitt mit Tempo 30 auszuweisen, z.B. Kitas und Schulen, aus Lärmschutzgründen (B431) und an Unfallschwerpunkten.

Für die Bahnhofstraße und den Rollberg liegen diese Argumente nicht vor. Anders verhält es sich bei der Hafenstraße und dem Steinberg, in denen eine Verdichtung der Wohnbebauung stattgefunden hat.

Herr Brix ergänzt, dass am Steinberg eine Tempo-30-Zone eingerichtet werden soll, die in die bestehenden Zonen eingebettet wird. Um keine Problematik bei der Vorfahrtreglung zur Landesstraße entstehen zu lassen, endet die Zone wenige Meter vorher auf Höhe der Einmündung der Voßhörntwiete.

Die SPD-Fraktion würde die Einrichtung von Tempo 30 in der Hafenstraße grundsätzlich mittragen, jedoch nicht am Steinberg. Die bestehenden Verkehre müssten weiterhin über



mehrere Straßen verteilt abfließen können, daher sollte hier keine Geschwindigkeitsbegrenzung erfolgen. Grundsätzlich sei jedoch die Idee, diese Fragestellungen in das Mobilitätsmanagement zu verlagern und im Rahmen des Mobilitätskonzeptes klären zu lassen, begrüßenswert. Daher wird der Antrag auf Vertagung und Verweis an das Mobilitätsmanagement gestellt. Gerade im Hinblick auf die Bürgerbefragung sollten jetzt keine Schritte vorweggenommen werden.

Die CDU-Fraktion sieht den Auftrag des Planungsausschusses umgesetzt und möchte die Vorlage heute beschließen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt, die Vorlage um einen 3. Beschlusspunkt zu erweitern: Das Thema Tempo 30 (Straßenzüge und Zonen) in Wedel soll grundsätzlich auch weiterhin im Rahmen des Mobilitätskonzeptes weiterverfolgt werden.

Herr Burmester beendet die Aussprache und lässt über den Antrag der SPD auf Vertagung abstimmen. Der Antrag wird mit 4 Ja / 9 Nein / 0 Enthaltungen abgelehnt.

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	4	9	0
CDU-Fraktion	0	4	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
FDP-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	0	1	0

Anschließend wird die Beschlussvorlage mit der beantragten Erweiterung um Punkt 3 abgestimmt.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt:

- 1.) das als Anlage beigefügte aktualisierte Vorbehaltsnetz, das vorrangig der Abwicklung des innerstädtischen Kraftfahrzeugverkehrs und des ÖPNV dient und für die Einrichtung von Tempo 30-Zonen nicht in Frage kommt.
- 2.) die Straße Steinberg, im Abschnitt zwischen Lüländen bis zur Voßhörntwiete, und die Hafenstraße im Abschnitt zwischen Mozartstraße bis zur Schulauer Straße als Tempo-30-Zone auszuweisen.
- 3.) Das Thema Tempo 30 (Straßenzüge und Zonen) in Wedel soll grundsätzlich auch weiterhin im Rahmen des Mobilitätskonzeptes weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	4	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	0	3	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

6 Anträge der Fraktionen

6.1 Bündnis 90 / Die Grünen: Die Analyse geeigneter Strecken und die Einführung von Fahrradstraßen in Wedel

ANT/2020/013

Herr Hagendorf bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein. Die Fraktion möchte mit der Entscheidung über den Antrag nicht auf die Fertigstellung des Mobilitätskonzeptes warten, da die Umsetzung der beantragten Punkte aus ihrer Sicht zeitnah wünschenswert und machbar sei. Sollte diese Sichtweise jetzt nicht mehrheitsfähig sein, dann könnten die Punkte immer noch in das Mobilitätskonzept einfließen.

Insbesondere die Ausweisung der Strecke zum Fährmannssand als Fahrradstraße wäre wünschenswert, da das Fahrrad bereits jetzt dort das vorherrschende Verkehrsmittel sei, die Autos jedoch den größten Platz einnehmen würden. Bei einer Fahrradstraße hätten die Fahrradfahrer vorherrschende Rechte und könnten beispielsweise nebeneinander fahren.

Die CDU-Fraktion betrachtet den ersten Teil des Antrages als zustimmungsfähig. Die Ansicht zu der Strecke Fährmannssand wird hingegen nicht geteilt. Die Strecke werde von verschiedenen Fortbewegungsmitteln und Fußgängern genutzt und bisher gebe es dort ein vernünftiges Miteinander. Die Priorisierung eines Verkehrsmittels wird eher als schädlich angesehen.

Die SPD-Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, dass diese Strecke auch von vielen Kraftfahrzeugen genutzt wird, gerade auch von älteren Menschen. Eine Fahrradstraße an dieser Stelle wird daher nicht unterstützt, zumal viele Fahrradfahrer auch entlang des Deiches unterwegs sind, ohne Autoverkehr.

Die Fraktion Die Linke würde den ersten Punkt des Antrages unterstützen. Zusätzlich wird die Frage gestellt, wer denn die vorherrschenden Rechte einer Verkehrsgruppe kontrollieren würde.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt getrennte Abstimmung der Antragspunkte.

Beschluss:

1. Im Zuge der Untersuchung nach geeigneten Bereichen für die Anordnung von Tempo 30 in Wedel recherchiert die Verwaltung ebenfalls welche Straßen im Stadtgebiet als Fahrradstraßen geeignet sind. Wichtig für die Betrachtung sei dabei, eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Fahrradinfrastruktur zu ermöglichen, die die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Stadtgebiet verbessert.
Als Grundlage können die Leitlinien für die Gestaltung von Fahrradstraßen der Stadt Bremen aus dem Jahr 2015 dienen, die im Einklang mit der StVO und den ergänzenden Verwaltungsvorschriften erstellt wurden.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	4	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	0	3	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0

Fraktion DIE LINKE	1	0	0
--------------------	---	---	---

2. Die Umwandlung der Strecke Ansgariusweg- Steinweg - Depenwischweg - Langer Damm nach Fährmannssand in eine Fahrradstraße ist möglichst zeitnah vorzunehmen, auch um Fördermittel für die Sanierung der Strecke beantragen und einsetzen zu können. Der Radverkehr ist auf der Strecke in dieses Naherholungsgebiet schon lange die vorherrschende Verkehrsart und eine Freigabe der Fahrradstraße für den Kraftfahrzeugverkehr und die Landwirtschaft sieht die StVO durchaus vor.

Abstimmungsergebnis:**Abgelehnt**

3 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	3	10	0
CDU-Fraktion	0	4	0
SPD-Fraktion	0	3	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	0	1	0

6.2 SPD-Fraktion; hier: Planung Fuß- und Radweg**ANT/2020/019**

Herr Eichhorn bringt den Antrag der SPD-Fraktion ein. Für die Planung eines Fuß- und Radweges an der Kreuzung Industriestraße/Rissener Straße wäre die alte Gleis-Trasse ideal, eine Weiterführung des Weges könne zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die Fraktion hat jedoch entschieden, der Verwaltungsempfehlung zu folgen und einer Verweisung dieses Themas an das Mobilitätskonzept zuzustimmen. Daher wird der Antrag dahingehend geändert.

Beschluss:

Die Prüfung zur Planung eines Fuß- und Radweges wird an das Mobilitätskonzept verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei kurzzeitiger Abwesenheit eines Ausschussmitglieds)

12 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

6.3 Fraktion Die Linke;**ANT/2020/014****hier: soziale Infrastruktur-Folgekosten**

Herr Eichberger bringt den Antrag ein. Die Fraktion die Linke begrüßt grundsätzlich die Tatsache, dass Gespräche zwischen der Verwaltung und Herrn Dr. Gutsche geführt wurden.

Dennoch wird die Ansicht der Verwaltung, dass für den Beschluss der Antragspunkte 1 bis 4 eine weitergehende Konkretisierung erforderlich ist, nicht geteilt.

Die FDP-Fraktion hingegen unterstützt den Vorschlag, das Gespräch mit Dr. Gutsche im Planungsausschuss im November abzuwarten, bevor die weiteren Antragspunkte beschlossen werden. Wenn sich in dem Gespräch herausstellt, dass zukünftig Mehreinnahmen bei der Umlage der Infrastrukturkosten für die Stadt Wedel zu erzielen sind, wird die Fraktion den Antragspunkten zustimmen.

Die SPD-Fraktion begrüßt den Antrag der Fraktion Die Linke, regt allerdings die Streichung des 5. Antragspunktes an, da Dr. Gutsche bereits für die November-Sitzung von der Verwaltung eingeladen worden ist.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen teilt diese Einschätzung und würde den Punkten 1 bis 4 ebenfalls zustimmen.

Dass die Konzepte anderer Kommunen nicht punktgleich auf Wedel übertragbar seien, wäre der Fraktion Die Linke bewusst, dennoch möchte Herr Eichberger die Punkte 1 bis 4 des Antrages heute zur Abstimmung stellen. Damit sei ein Anfang gemacht, dessen Konkretisierung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen könne.

Beschluss:

1. Die Stadt Wedel schafft die rechtlichen Voraussetzungen, um künftig soziale Infrastruktur-Folgekosten auch baugebietsübergreifend rechtssicher auf Planungsbegünstigte umlegen zu können.
2. Die Verwaltung lässt eine Gesamtplanung im Sinne des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 29.01.2009 (BVerwG 4 C 15.07) erstellen und legt diese den Gremien zur Beschlussfassung vor.
3. Bei allen neuen oder geänderten Bebauungsplänen, die vor Umsetzung der unter 1. und 2. genannten Beschlüsse beschlossen werden sollen, ist den Gremien mit den Einladungsunterlagen zu der Sitzung des PLA, in dem der Bebauungsplan behandelt werden soll, eine gesonderte, kurze Übersicht über die Höhe der pro Wohneinheit eingeplanten Infrastrukturaufgaben zur Verfügung zu stellen. Dabei ist nach Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau einerseits und Ein- und Zweifamilien- sowie Reihenhäusern andererseits zu unterscheiden.
4. Soweit (teilweise) auf die Umlage verzichtet werden soll, ist den Gremien dazu eine detaillierte rechtliche Begründung mit den Einladungsunterlagen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	8	0	5
CDU-Fraktion	0	0	4
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	0	0	1
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

6.4 Anträge zu Wedel Nord (beraten am 10.11.2020)

Der Vorsitzende eröffnet die Fortsetzung der Sitzung vom 20.10.2020 für die Tagesordnungspunkt 6.4 und 6.5 am 10.11.2020 um 18.00 Uhr und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit weiterhin vorliegt.

Herr Burmester erläutert, dass für eine zielführende Debatte der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen getrennt wurde. Nach Kontakt mit dem Justizariat weist er darauf hin, dass bei dem TOP 6.4 der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weitestge-

hend ist und zuerst abgestimmt werden würde. Bei TOP 6.5 ist der Antrag der FDP-Fraktion weitestgehend und würde daher zuerst zur Abstimmung gestellt. Die SPD-Fraktion hat einen Änderungsantrag angekündigt.

6.4.1 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier:

ANT/2020/021

Teil B: Einleitung eines B-Plan-Verfahrens für Wedel-Nord

Herr Wuttke bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein. Beide Anträge (zu Wedel Nord und der Umgehungsstraße) würden trotz getrennter Beratung selbstverständlich in Zusammenhang stehen, da die Erschließung immer eine zentrale Frage für die Planung von Wedel Nord war. Die Fraktion beantragt die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für den 1. Bauabschnitt einschließlich des Grünzuges auf Basis des vorgestellten Rahmenplans (Stand 28.09.2020, AG Wedel Nord).

Herr Schumacher bringt den Antrag der FDP-Fraktion ein. Im Gegensatz zu der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sollte aus Sicht der FDP bei der Erarbeitung des Bebauungsplanes der gesamte Rahmenplan die Grundlage bilden. Auch wenn zuerst nur der 1. Bauabschnitt begonnen wird, müsse der 2. Bauabschnitt bereits mitgedacht werden.

Frau Jacobs-Emeis erläutert für die SPD-Fraktion den Änderungsantrag, der ursprünglich eingebracht werden sollte. Stattdessen wird nun ein Verfahrens-/Vertagungsantrag gestellt. Es wird vorgeschlagen, kurzfristig ein interfraktionelles Treffen der planungspolitischen Sprecher zu verabreden. Ziel sei es, fraktionsübergreifend einen gemeinsamen Antrag zum weiteren Vorgehen zu Wedel Nord zu formulieren, der in der Dezember-Sitzung des Planungsausschusses beraten werden könnte. Der Antrag gilt für alle vier Anträge, die unter TOP 6.4 und TOP 6.5 behandelt werden sollten.

Die CDU-Fraktion macht deutlich, dass sie schon seit Jahren für eine Entlastung der Altstadt eintrete und immer gefordert habe, dass die nördlichen Gebiete Wedels nur unabhängig von bestehenden Verkehrsadern zu erschließen seien.

Herr Eichhorn stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und fordert die Abstimmung über den Vertagungsantrag der SPD.

Die WSI-Fraktion sieht in der heutigen Diskussion keine Fortschritte, die eine Sitzung heute gerechtfertigt hätten. Nur auf Grund knapper Kita-Plätze in Wedel sollte kein Beschluss gefasst werden, der die Bürgerbeteiligung nicht ernst nimmt.

Die FDP-Fraktion würde dem Verfahrensantrag der SPD zustimmen, wenn auf diesem Weg eine gut, mehrheitsfähige Lösung gefunden werden kann.

Die Fraktion Die Linke sieht inhaltlich keine großen Unterschiede bei den Anträgen der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und FDP. Da aber auch die Verkehrsfrage geklärt werden sollte, würde Die Linke den beiden Anträgen der FDP zustimmen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt den Erweiterungsantrag zu dem Verfahrensvorschlag der SPD, dass zu dem Gespräch verbindliche Aussagen der Investoren vorliegen sollten. Die SPD-Fraktion übernimmt diesen Antrag, da die Investoren sicherlich dazu bereit wären.

Die WSI-Fraktion bittet eindringlich auf Grund der Pandemiesituation um ein digitales Format für das interfraktionelle Gespräch. Dieser Bitte wird von Seiten der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD und Die Linke zugestimmt, die SPD-Fraktion wird die Koordination

des Termins übernehmen. Herr Schmidt stellt seinen digitalen Konferenzraum hierfür zur Verfügung.

Herr Burmester stellt den erweiterten Verfahrensantrag der SPD-Fraktion mit der Ergänzung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Beratung über die Anträge zu Wedel Nord und der Nordumfahrung wird vertagt. Es wird eine Zusammenkunft der planungspolitischen Sprecher der Fraktionen vereinbart. Hier soll fraktionsübergreifend ein gemeinsamer Antrag zum weiteren Vorgehen zu Wedel Nord formuliert werden, der in der Dezember-Sitzung des Planungsausschusses beraten wird. Die Investoren werden um verbindliche Aussagen gebeten, welche Zusagen zur Veränderung der vorliegenden Pläne möglich sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

6.4.2 FDP-Fraktion; hier:

ANT/2020/023

Beschleunigung der Planungen für Wedel Nord

Die Aussprache wurde nicht eröffnet, da die Vertagung der Beratung unter TOP 6.4.1 diskutiert und protokolliert wurde.

Beschluss:

Die Beratung über die Anträge zu Wedel Nord und der Nordumfahrung wird vertagt. Es wird eine Zusammenkunft der planungspolitischen Sprecher der Fraktionen vereinbart. Hier soll fraktionsübergreifend ein gemeinsamer Antrag zum weiteren Vorgehen zu Wedel Nord formuliert werden, der in der Dezember-Sitzung des Planungsausschusses beraten wird. Die Investoren werden um verbindliche Aussagen gebeten, welche Zusagen zur Veränderung der vorliegenden Pläne möglich sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

6.5 Anträge zur Nordumfahrung (beraten am 10.11.2020)

6.5.1 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier:

ANT/2020/021-1

Teil A: Nordumfahrung

Die Aussprache wurde nicht eröffnet, da die Vertagung der Beratung unter TOP 6.4.1 diskutiert und protokolliert wurde.

Beschluss:

Die Beratung über die Anträge zu Wedel Nord und der Nordumfahrung wird vertagt. Es wird eine Zusammenkunft der planungspolitischen Sprecher der Fraktionen vereinbart. Hier soll fraktionsübergreifend ein gemeinsamer Antrag zum weiteren Vorgehen zu Wedel Nord for-

muliert werden, der in der Dezember-Sitzung des Planungsausschusses beraten wird. Die Investoren werden um verbindliche Aussagen gebeten, welche Zusagen zur Veränderung der vorliegenden Pläne möglich sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

6.5.2 FDP-Fraktion; hier:

ANT/2020/022

Verkehrsentlastung der Innenstadt

Die Aussprache wurde nicht eröffnet, da die Vertagung der Beratung unter TOP 6.4.1 diskutiert und protokolliert wurde.

Beschluss:

Die Beratung über die Anträge zu Wedel Nord und der Nordumfahrung wird vertagt. Es wird eine Zusammenkunft der planungspolitischen Sprecher der Fraktionen vereinbart. Hier soll fraktionsübergreifend ein gemeinsamer Antrag zum weiteren Vorgehen zu Wedel Nord formuliert werden, der in der Dezember-Sitzung des Planungsausschusses beraten wird. Die Investoren werden um verbindliche Aussagen gebeten, welche Zusagen zur Veränderung der vorliegenden Pläne möglich sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Der Vorsitzende schließt die Fortsetzung der Sitzung vom 20.10.2020 am 10.11.2020 um 18:55 Uhr.

7 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

7.2 Machbarkeitsstudie - Perspektiven für den Stadthafen Wedel (Schulauer Hafen)

BV/2020/064

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag und eröffnet die Aussprache.

Die FDP-Fraktion lehnt die Vorlage ab, da der Vorschlag der Verwaltung lediglich Zeit und Geld koste und keinen Nutzen bringe. Vielmehr seien die bisherigen Vorschläge und Beschlüsse der Hafen AG und des Planungsausschusses von der Verwaltung nicht ausreichend verfolgt und umgesetzt worden.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit in seiner Erinnerung keinen Konsens für einzelne Konzepte in den Gremien gegeben habe, vielmehr seien teils sehr unterschiedliche Meinungen zu der zukünftigen Hafennutzung vertreten worden. Nun scheine sich abzuzeichnen, dass ein kommunaler Schlengel ein zentraler Punkt eines Konzeptes sein könnte. Mit der vorgeschlagenen Machbarkeitsstudie für ein Gesamtkonzept

möchte die Aktivregion den touristischen Aspekt der Hafennutzung fördern, zugleich könnten auch die möglicherweise entstehenden Nutzungskonflikte aufgezeigt werden. Sofern dies von der Politik nicht gewünscht sei, könne die Studie gerne per Änderungsantrag auf die rein technischen Aspekte beschränkt werden. Dann wäre jedoch eine Förderung nicht möglich.

Die WSI-Fraktion widerspricht der Ansicht der FDP-Fraktion. Aus ihrer Sicht sei das bisherige Ringen um ein Hafenkonzept ein kollektives Scheitern von Politik und Verwaltung. Der Bereich Motor- und Segelsport sei rückläufig, daher müsste nach neuen Ideen geschaut werden. Bisher hätte es verschiedene Denkansätze gegeben, zu denen die Politik keine klare Linie gefunden habe. Die Aufgabe der Verwaltung sei es nun vorrangig, den Abschluss der Baumaßnahmen weiter zu begleiten. Diese Zeit kann für die Findung eines Konzeptes für das Hafenbecken und die Umgebung genutzt werden, daher wird die Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen. Wichtig sei jedoch, bei der Untersuchung der Möglichkeiten vollkommen ergebnisoffen vorzugehen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt, warum das Strandbad und der Bereich am Elbe 1 in der Umgebungskarte zum zu untersuchenden Gebiet gehören. Das Strandbad sollte weiterhin Strand bleiben, hier müsste eher untersucht werden, wie der Abtrag des Sandes gestoppt werden kann. Zusätzlich muss die stetige Versandung des Hafenbeckens bei der zukünftigen Nutzung berücksichtigt werden, insgesamt wird von der Fraktion die geplante Studie als sinnvoll erachtet.

Offen sei jedoch die Finanzierung, da mitten in den Beratungen zur Haushaltskonsolidierung keine Entscheidungen vorab über zusätzliche Ausgaben 2021 getroffen werden sollten. Daher sollte die Beschlussvorlage bis zu den Haushaltsberatungen vertagt werden.

Die SPD-Fraktion sieht die Politik in der Verantwortung. An der derzeitigen Situation sei weniger die Verwaltung schuld, vielmehr habe die Politik keine Mehrheiten gefunden. Da die Verwaltung nun dankenswerter Weise in einer Art Brainstorming alle Möglichkeiten aufgeführt habe und damit alle Möglichkeiten offen stünden, müsse die Politik nun über ihren Schatten springen.

Die Frage der Finanzierung sei allerdings gerechtfertigt, die Fraktion würde daher gerne vorbehaltlich der Haushaltsberatungen zustimmen.

Die Fraktion die Linke unterstützt grundsätzlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung und die Meinung der WSI-Fraktion, dass die Studie ergebnisoffen in Auftrag gegeben werden sollte. Gleichzeitig seien jedoch alle Investition in den Hafen zu stoppen, bereits begonnene oder beauftragte Maßnahmen ausgeschlossen.

Bezüglich der Frage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt Herr Schmidt klar, dass der Bereich des Strandbades nicht vollkommen umgeplant werden soll. Dennoch müsste dieser in der Untersuchung berücksichtigt werden, da es sinnvoll sei, den gesamten Hafenbereich, auch und insbesondere im Hinblick auf Nutzungskonflikte, zu untersuchen.

Selbstverständlich würde ein entsprechender Auftrag erst nach dem Beschluss der Haushaltssatzung 2021 erteilt, es würde insofern lediglich eine Aufnahme der benötigten Mittel in den Haushaltsentwurf erfolgen. Der Punkt 3 der Beschlussvorlage kann entsprechend umformuliert werden.

Die FDP-Fraktion bekräftigt ihre Ansicht, die Machbarkeitsstudie auf die technischen Erfordernisse für ein Konzept im Hafenbecken zu beschränken.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen übernimmt die vorgeschlagenen Änderungen in Punkt 3 als Änderungsantrag und zieht den Vertagungsantrag zurück.



Die Anregungen der WSI-Fraktion (vorbehaltslose Prüfung aller Optionen) und der Fraktion die Linke (Investitionsstopp) werden nicht zum Antrag erhoben.

Herr Burmester lässt über den in Punkt 3 geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Es wird eine Machbarkeitsstudie erstellt, die die Perspektiven für den Stadthafen Wedel (Schulauer Hafen) mit den Themenschwerpunkten Nutzungskonzept und Hafenmanagement beinhaltet.
2. Ein Förderantrag für die Erstellung der Machbarkeitsstudie wird bei der Aktiv Region eingereicht.
3. Die Mittel in Höhe von maximal 50.000,- Euro werden in den Haushaltsplanentwurf 2021 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	1	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

8 Einvernehmen nach dem BauGB

8.1 Einvernehmen nach dem BauGB

hier: Bullenseedamm 1a, Erweiterung der vorhandenen städtischen Wohnunterkunft

BV/2019/146/1

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag und eröffnet die Aussprache.

Die SPD-Fraktion verkündet, dass sie der Vorlage -wie bereits im Rat- nicht zustimmen wird, da von Seiten der Fraktion lediglich 8 zusätzliche Wohnungen statt 16 Wohnungen mitgetragen würden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen moniert, dass die wiederholte Frage nach einer rechtlichen Prüfung des Vorhabens im Außenbereich nicht in der nun zu beschließenden Vorlage beantwortet wird. Auch sie sei gegen die Größenordnung des Bauvorhabens.

Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 35(2) und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Erweiterung der vorhandenen städtischen Wohnunterkunft mit 16 Wohneinheiten, Bullenseedamm 1a in Wedel, wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	7	6	0



CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	0	3	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

8.2 Einvernehmen nach dem BauGB

BV/2020/053

hier: Neubau eines Mehrfamilienhauses, Elbstraße 31

Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung um Auskunft, ob die Planung innerhalb der rechtlichen Regelungen zulässig ist und das Einvernehmen überhaupt verweigert werden kann. Grundsätzlich ist die Fraktion nicht vollkommen einverstanden mit dem Bauvorhaben.

Die FDP-Fraktion weist auf den Bereich des Milieuschutzes hin, den die Verwaltung 2017 für diesen Straßenzug definiert hat. Das geplante Vorhaben sei zu hoch und zu wuchtig für die Umgebung.

Die Fraktion die Linke bittet um Erläuterung, warum bei dem Bauvorhaben keine Infrastrukturfolgekosten berechnet würden.
Herr Grass erläutert, dass nach den Grundsätzen der Bodenordnung und dem Grundsatzbeschluss des Rates Infrastrukturfolgekosten nur umgelegt werden können, wenn neues Baurecht in Form eines Bebauungsplanes geschaffen wird. Dieser Fall liegt hier nicht vor.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schließt sich den genannten Argumenten an. Schon im Lageplan sei erkennbar, dass die Grundmaße überdimensioniert seien.

Herr Grass führt aus, dass aus stadtplanerischer Sicht das vorgestellte Vorhaben wünschenswerter sei, als die vorherige Planung der Bebauung des rückwärtigen Bereichs. Das neue Gebäude würde sich an die Straßenflucht anpassen. Zudem befände sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite 3geschossiger Geschosswohnungsbau.

Die FDP-Fraktion entgegnet, dass die Grenze des Milieuschutzgebietes so verlaufe, dass die andere Straßenseite nicht erfasst werde, daher dürfe kein Vergleich mit den dortigen Gebäuden erfolgen.

Die SPD-Fraktion bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung zwecks Beratung.

Nachdem Herr Burmester die Sitzung nach einer Unterbrechung von 5 Minuten wiedereröffnet hat, ergänzt der Architekt des Vorhabens die Erläuterungen der Verwaltung. Im Gegensatz zu der ursprünglich geplanten, rückwärtigen Bebauung durch ein Doppelhaus schließe das nun geplante Gebäude mit der Straßenflucht ab und verdecke das vorhandene Bestandgebäude aus den 70er Jahren. Die entstehenden 7 Wohnungen trügen zur Durchmischung im Quartier bei.

Die betroffenen Bäume seien mehrstämmig und Flachwurzler, daher erscheine die Lebensdauer begrenzt. Alle Ersatzanpflanzungen würden auf dem Grundstück erfolgen.

Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 30, 34 und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 7 Wohneinheiten in der Elbstraße 31 in Wedel wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:**Abgelehnt**

3 Ja / 8 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	3	8	2
CDU-Fraktion	3	0	1
SPD-Fraktion	0	3	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
FDP-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	0	0	1

9 Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"

9.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

10 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

10.2 Öffentliche Anfragen

Die SPD-Fraktion bittet um Information, wann mit dem Baubeschluss für die geplante Unterkunft am Steinberg zu rechnen sei.

Frau Sinz erläutert, dass derzeit die Pläne von 2016 überarbeitet werden. Sobald die Planung abgeschlossen ist, werden diese in die Gremien zur Beratung und Beschlussfassung gegeben.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach dem Sachstand bei der Erarbeitung der Erhaltungssatzung Voßhagen. Frau Sinz berichtet, dass derzeit die Behandlung in der Dezember-Sitzung des Planungsausschusses angedacht ist.

Auf Anfrage bestätigt die Verwaltung, dass ihr keine neuen Informationen bezüglich der Planung des B-Planes 20f vorliegen.

Im Bereich B-Plan 76 erfolgt derzeit die Bestandsaufnahme für das Artenschutzgutachten.

Bezüglich des B-Planes „Alte Post“ läuft das frühzeitige Beteiligungsverfahren.



Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

14 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Protokollführung:

Kay Burmester

Katrin Matthies

